

■ Immer mehr Studierende – aber nur wenige ohne Abi

Rekordwert bei der Zahl der Studierenden: Im vergangenen Wintersemester waren 2,7 Millionen Menschen an einer deutschen Hochschule eingeschrieben, etwa 90.000 mehr als ein Jahr zuvor. Zugleich scheitern fast nirgendwo so viele Menschen an einem Hochschulstudium wie hierzulande – nach Angaben des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung steigt jeder Dritte an Unis und jeder Vierte an Fachhochschulen ohne Abschluss aus. Die Zahl derjenigen, die ohne Abi und mit Berufserfahrung an eine Hochschule kommen, ist immer noch verschwindend gering: 13.000 NeuanfängerInnen wurden registriert, die Gesamtzahl liegt bei 46.000.

■ Geheimer Vertrag zwischen Konzern und Uni

Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz will keine Informationen rausrücken über ihren Kooperationspartner, den Pharmakonzern Boehringer Ingelheim. Eine Studentin hatte sich auf das Informationsfreiheitsgesetz berufen und vergeblich nachgefragt, welche vertraglichen Vereinbarungen existieren. Auch die Unterstützung durch den Landesdatenschutzbeauftragten von Rheinland-Pfalz half ihr nicht. Die Uni behauptet, dass es bei Forschung und Lehre keine Auskunftspflicht gäbe, weil es sich nicht um Verwaltungsfragen handele. Klar ist, dass es um sehr viel Geld geht: Die Boehringer Ingelheim Stiftung hat bereits 150 Millionen Euro in die Universität investiert, es gibt enge personelle Verflechtungen. Welche Rechte der Stiftung oder dem Konzern durch die Uni zugestanden wurden, bleibt erst einmal unklar und kann nun bestenfalls durch eine Klage und ein anschließendes Gerichtsverfahren öffentlich werden.

Drohnenentwicklung im Hochschullabor

Seit 2010 hat das Verteidigungsministerium mehr als doppelt so viel Geld für Forschungsaufträge an deutschen Hochschulen ausgegeben wie zuvor. Rund 390 Millionen Euro standen für 700 Projekte zur Verfügung. Dabei geht es um Drohnen, Funk- und Satellitentechnik, Roboter, neue Waffensysteme und intelligente Munition.

VON ANNE GESCHONNECK UND MIRJAM SORGE

Eine weitere große Finanzierungsquelle für Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen war zwischen 2007 und 2013 der 7. Rahmenforschungsvertrag der EU. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema Sicherheit. Das Nachfolgeprogramm „Horizont 2020“ schließt daran an. Insgesamt 80 Milliarden Euro – verteilt auf sechs Jahre – stellt die EU für Forschung zur Verfügung. Wie viel Geld sie für Rüstungsforschung ausgibt, lässt sich nicht nachvollziehen: „Sicherheit“ ist einer von sieben Teilbereichen im Forschungsschwerpunkt „Gesellschaftliche Herausforderungen“. Unter dem Punkt tauchen Schlagworte auf wie intelligente Überwachung und Grenzsicherheit, Integration, Zusammenschaltung und Interoperabilität von Sicherheitssystemen.

Auch für die kommenden Jahre ist keine Trendwende in Sicht. Sollte der Rüstungsetat auf

2 % des Bruttoinlandsprodukts steigen, wie es der NATO-Gipfel im vergangenen September in Wales beschlossen hat, würde das in Deutschland eine Steigerung von 33 auf 56 Milliarden Euro bedeuten. Rüstungsindustrie und -forschung würden wohl entsprechend mitwachsen.

Wer sich Rüstungsforschung an Hochschulen vorstellt, denkt zuerst an naturwissenschaftliche Fächer. Tatsächlich sind es vor allem technische Entwicklungen, die mit den Geldern von Bundesverteidigungsministerium und Rüstungskonzernen unterstützt werden. Doch auch die Geistes- und Sozialwissenschaften rücken zunehmend in den Fokus. Im Fall der Ethnologie hat dieses Interesse eine längere Tradition, aktuell schreibt die Bundeswehr hier eine ganze Reihe Stellen aus. Aber auch „zivile“ EthnologInnen kooperieren mit der Bundeswehr und erarbeiten so genannte „Wegweiser“, also Handbücher für den Auslandseinsatz. Ganz offen wirbt der Fachbereich der Universität Bayreuth unter StudentInnen für ein Praktikum bei der Bundeswehr. Rüstungsforschung ist also nicht rein technisch zu denken, sondern beinhaltet auch die ideologische Mobilisierung an den Hochschulen.

An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) existiert seit Ende 2013 ein Arbeitskreis Zivilklausel, der an den Studierendenrat angegliedert ist. Eine Besonderheit liegt darin, dass sich hier nicht nur UnterstützerInnen einbringen, sondern auch KritikerInnen. Ziel ist deshalb zunächst der Anstoß einer konstruktiven Debatte. Der Arbeitskreis und hochschulische Gewerkschaftsgruppen pflegen eine rege Zusammenarbeit, mehrere Initiativen wurden gemeinsam in den Akademischen Senat eingebracht. Noch aber erscheint eine Zivilklausel an der MLU in weiter Ferne.

Dagegen haben 26 Hochschulen bereits eine Zivilklausel beschlossen. Bundesweit arbeiten viele Menschen an dem Thema, in regelmäßigen Abständen finden Vernetzungstreffen statt – zuletzt im Januar in Berlin. Neue MitstreiterInnen sind hier gerne gesehen. ●

Foto: Werner Bachmeier



Beim Eurofighter arbeiten Uni München, Industrie und Bundeswehr eng zusammen

<http://www.zivilklausel.de/>